



Bericht aus Berlin

8 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 8 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum (1)

Energiepolitik der Zukunft

In ihrer Regierungserklärung zur Zukunft der Energiepolitik stellte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 09. Juni im Plenum des Deutschen Bundestages das neue Energiekonzept der Bundesregierung vor. In ihrer Rede betonte Merkel, dass die Reaktorkatastrophe in Fukushima „auch ein Einschnitt“ für sie ganz persönlich war. Sie betonte, dass die Verlässlichkeit von Risikoannahmen grundsätzlich in Frage gestellt werden muss. In den vergangenen 90 Tagen seit der Katastrophe in Japan hat die Bundesregierung eine neue Architektur für die Energieversorgung in Deutschland erarbeitet. Durch Änderungen am Atomgesetz sollen die ältesten sieben Kernkraftwerke und der Reaktor Krümmel in Schleswig-Holstein nicht wieder im Leistungsbetrieb ans Netz gehen. Die übrigen neun Kraftwerke werden stufenweise bis Ende 2022 abgeschaltet. Bestandteil des umfassenden Gesetzespakets zur Energiewende sind sieben weitere Gesetze und Verordnungen. „Dies ist eine Herkulesaufgabe – ohne Wenn und Aber“, so Merkel. Des Weiteren machte die Kanzlerin deutlich, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie ohne Umstieg in die erneuerbare Energien nicht zu haben ist. Hierzu gehört auch der Ausbau der Leitungsnetze.

Für die Endlagerung radioaktiver Abfälle wird bis zum Ende des Jahres eine gesetzliche Regelung vorgelegt. Hierbei ist die Suche nicht mehr auf das niedersächsische Gorleben beschränkt.

Zudem werden alternative Entsorgungsoptionen bedacht und andere geologische Formationen berücksichtigt. Um der Gefahr eines Blackouts zu minimieren, wird ein Kernkraftwerk von der Bundesnetzagentur als Reserve bestimmt, das im Bedarfsfall die Energieversorgung des Landes in den kommenden zwei Wintern sichern soll. Auch mit modernen Gas- und Kohlekraftwerken wird der Ausfall der Kernkraftwerke überbrückt werden.

Zentrale Säule der zukünftigen Energieversorgung werden die erneuerbaren Energien. Bis 2050 soll ihr Anteil am Stromverbrauch auf 80 Prozent anwachsen. In dem eingebrachten Gesetzespaket wird deshalb auch insbesondere das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) seinen letzten Schliff bekommen. Die Kanzlerin bekannte sich abschließend zu ihrem ehrgeizigen Ziel: „Wir alle gemeinsam können bei diesem Zukunftsprojekt ethische Verantwortung mit wirtschaftlichem Erfolg verbinden“. Die Energiewende stellte sie hiermit in eine Reihe mit nationalen Kraftanstrengungen wie die Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiedervereinigung und die Bewältigung der Finanzkrise.

Den Wortlaut der Regierungserklärung finden Sie unter: www.cducsu.de

Weitere Informationen zur Energiewende darüber hinaus auf der Internetseite des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter:

<http://www.bmu.de/allgemein/aktuell/160.php>

Wussten Sie schon, ...?

... dass Abgeordnete viele Fragen stellen?

In der Wahlperiode von 2005 bis 2009 richteten die Mitglieder des Bundestages 12.789 schriftliche und 2.703 mündliche Fragen an die Bundesregierung. Mehr als 14.000 Drucksachen wurden im Bundestag beraten, 616 Gesetze verabschiedet und das Plenum kam zu 233 regulären Sitzungen zusammen. Eine Übersicht mit Zugang zu den Drucksachen sind unter: <http://www.bundestag.de/dokumente/drucksachen/index.html> abrufbar.

(Quelle: Deutscher Bundestag, Fakten, Der Bundestag auf einen Blick)

Aus dem Plenum (2)

Eurostabilität

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, betonte in seiner Regierungserklärung zur Stabilität in der Eurozone am Freitagvormittag im Bundestag: „Die Lage in Griechenland und damit auch in Europa ist ernst.“ Mit der griechischen Schuldenkrise steht Europa vor einer Wegscheide, die den Euro zu anhaltender Stabilität, aber auch in eine unkalkulierbare Schieflage führen kann. Ohne ein „Anpassungsprogramm“ zugunsten Griechenlands besteht die akute Gefahr der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands.

Die Finanzminister der Euro-Gruppe beabsichtigen, in zehn Tagen über Inhalte und Verfahren der künftigen Hilfeleistungen für Griechenland zu entscheiden. Die Regierungskoalition brachte zur Vorbereitung des Treffens deshalb einen Entschließungsantrag in den Bundestag ein. „Wenn man helfen will, muss man sich der Realität stellen“, sagte Schäuble. Ausdrücklich würdigte er die Spar- und Restrukturierungsanstrengungen des Landes. Griechenland hat sein Haushaltsdefizit 2010 um fünf Prozentpunkte bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt zurückgeführt. Auf Deutschland übertragen entspricht das Einsparungen von 125 Milliarden Euro. Dies ist mit harten Einschnitten für die griechische Bevölkerung verbunden. Dennoch reicht dies nicht aus. Mit Privatisierungen könnten rund 50 Milliarden Euro erzielt werden, hatte ein Bericht der sogenannten Troika aus EU-Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank (EZB) ergeben. Schäuble betonte, dass ein solches Privatisierungsprogramm auch ein Wachstumsimpuls für Griechenland bedeuten könne. Der einzig verantwortbare Weg ist jetzt deshalb, dass bisherige Hilfsprogramm durch ein neues, zielgenaueres abgelöst werden. Nach der Devise: Solidarität, kombiniert mit harten Auflagen, gilt es Griechenland mehr Zeit zu gewähren. Mit diesem erneuten, verbesserten Hilfsprogramm soll ein stabiles Europa und

damit die Prosperität unseres Landes gesichert werden. Schäuble erinnerte schließlich daran, dass Deutschland den „größten Vorteil“ von der europäischen Einigung hat, deshalb trägt es auch eine große Verantwortung für Europa.

Weitergehende Informationen finden Sie unter:
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Klimaschutz in Gebäuden

Als kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion sprach Peter Götz, MdB, am Freitag zum Thema „Energieeffizienz und Klimaschutz im Gebäudebereich“ im Plenum des Deutschen Bundestages. In seiner 10-minütigen Rede betonte der mittelbadische Abgeordnete: „Im Gegensatz zur Opposition setzen wir beim Energiesparen im Gebäudebereich nicht auf Zwang, sondern auf finanzielle Anreize und Verbraucherinformationen.“ Im Rahmen der Weiterentwicklung des Energiekonzepts werden ab 2012 für die energetische Gebäudesanierung jährlich 1,5 Milliarden Euro als zinsverbilligte Kfz-Kredite und als Zuschüsse zur Verfügung gestellt. Davon sind auch für die Sanierung kommunaler Gebäude 100 Millionen Euro geplant. Zudem können in zehn Jahren jährlich zehn Prozent der Kosten für energetische Sanierungen steuerlich abgesetzt werden. Das ist ein zusätzlicher Investitionskatalysator für mehr Energieeffizienz im Gebäudebereich mit einem Volumen von weiteren 1,5 Milliarden Euro. Parallel dazu wird bei der Städtebauförderung mit dem zusätzlichen Programm Energetische Stadtsanierung innerstädtische Quartiere auch unter energetischen Gesichtspunkten stärker in den Focus genommen“, so Götz.

Zum Hintergrund:

Um die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verkürzen, müssen zur Erreichung der klimapolitischen Ziele auch energetische Verbesserungen im Gebäudebestand erreicht werden. 40 Prozent der in Deutschland verbrauchten Endenergie entfällt auf das Heizen von Räumen und auf Wasser.

Nachrichten

Peter Götz bei Symposium „Weißbuch Innenstadt - Politik für starke Zentren“



Bundesminister Dr. Peter Ramsauer stellte in Berlin einem breiten Publikum mit 350 Vertretern u.a. aus Politik, Verwaltung, landes- und kommunaler Ebene, Verbänden und Hochschulen das „Weißbuch Innenstadt – Politik für starke Zentren“ vor. Das Weißbuch wurde in Kooperation u.a. mit Kommunen, Landkreisen, Kammern, Verbänden, Vereinen, Initiativen und Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet.

Es bündelt den Stand der politischen, fachlichen und öffentlichen Debatte über die Zukunft der Innenstädte, der Ortskerne und der Stadtentwicklungspolitik. Peter Götz diskutierte als kommunalpolitischer Sprecher und Berichterstatter seiner Fraktion für das Bau- und Planungsrecht in der Podiumsdiskussion mit seinen Kollegen der im Bundestag vertretenen Fraktionen über das Weißbuch Innenstadt. Weitere Informationen: www.bmvbs.de



„Jugend und Parlament „ im Berliner Reichstag

Der Gernsbacher Gymnasiast Christophe Krech nahm auf Einladung von Peter Götz an der viertägigen Veranstaltung „Jugend und Parlament“ im Deutschen Bundestag teil.



Christophe Krech vor dem Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Lebhafte Diskussionen der Jungpolitiker im Fraktionssaal

Weitere Informationen:

<http://www.mitmischen.de/erleben/besuche/WorkshopCo/Workshops/JuP-2011/index.jsp>

In einem umfangreichen Planspiel simulierten die über 300 Jugendlichen aus ganz Deutschland den Weg eines Gesetzgebungsverfahrens. In Anlehnung an den parlamentarischen Alltag eines Bundespolitiklers bildeten die Teilnehmer Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüsse, in denen verschiedene Gesetzesvorlagen und Anträge erarbeitet, beraten und letztlich in einer Plenardebatte verabschiedet wurden. Ein besonderer Reiz war, dass die Jungpolitiker die Originalorte wie den Fraktionssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Plenarsaal im Reichstagsgebäude für ihre Sitzungen und Debatten benutzen konnten. Im Rahmen der Veranstaltung trafen die Jungpolitiker auch auf echte Politiker der Bundestagsfraktionen.

Götz lädt zur Feier anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Arbeitskreises „Große Städte“

Peter Götz, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) hat vom 10. bis 11. Juni 2011 zur Klausurtagung des Bundesvorstandes und Hauptausschusses der KPV nach Berlin eingeladen. Im Rahmen der zweitägigen Veranstaltung feiert der Arbeitskreis „Große Städte“ sein 50-jähriges Bestehen. Festredner sind unter anderem CDU-Generalsekretär Herrmann Gröhe MdB und der Spitzenkandidat der Berliner CDU für das Abgeordnetenhaus Frank Henkel MdB.

Weitere Informationen unter: www.kpv.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Bedeutung des sozialen Netzwerkes „Familie“ wird unterschätzt

Laut einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach glaubt eine Mehrheit der Deutschen nicht, dass um den Sozialstaat ein „Krieg der Generationen“ geführt werden wird. Nur ein Drittel der Deutschen hält ernsthafte Verteilungskämpfe für denkbar. Als maßgeblichen Grund für diese Erwartung machen die Allensbacher Demoskopien den Faktor „Familie“ aus, die neben den staatlichen Sicherungssystemen einen bislang unterschätzten Anteil an der individuellen Absicherung und dem Interessenausgleich zwischen den Generationen habe. So geben nur 51% der Befragten an, dass die staatliche Absicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit zu ihrem persönlichen

Sicherheitsgefühl beiträgt – 76 % nennen hingegen die Familie. 82% der Befragten berichten zudem von einem starken familiären Zusammenhalt. So können 54% der Eltern mit Kindern unter 14 Jahren auf eine regelmäßige Kinderbetreuung während der Arbeitszeiten vertrauen. Auch finanzielle Unterstützung ist selbstverständlich, etwa beim Kauf von Kinderbekleidung (58%) oder beim Tätigen von Geldanlagen für die Enkelkinder (40%). Mehr als 15% der Familien mit Kindern unter 14 Jahren erhalten zudem kontinuierlich finanzielle Hilfe von der älteren Generation. Umgekehrt unterstützen die Jüngeren ihre Eltern und Großeltern.

(Quelle: Wirtschaftswoche, Institut für Demoskopie Allensbach)

Jobwunder geht weiter

Die Arbeitslosigkeit ist im Mai im Zuge der auslaufenden Frühjahrsbelegung um 118.000 auf 2.960.000 gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren damit im Mai 276.000 weniger Arbeitslose registriert. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der Konjunkturaufschwung, der zu einem deutlichen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geführt und damit für viele Menschen die Chancen erhöht hat, der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung zu entinnen. Entlastend wirkt außerdem ein seit mehreren Jahren rückläufiges Arbeitskräfteangebot. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben in saisonbereinigter Rechnung weiter deutlich zugenommen und liegen über dem Vorjahresniveau.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im April saisonbereinigt um 28.000 gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat im März saisonbereinigt um 68.000 zugenommen (vorläufige Daten). Nicht saisonbereinigt hat sich die Erwerbstätigkeit von März auf April im Zuge der Frühjahrsbelegung um 205.000 auf 40,72 Mio. erhöht. Gegenüber dem Vorjahr ist die Erwerbstätigkeit um 515.000 gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im März nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei 28,09 Mio.; gegenüber dem Vorjahr war das ein Zuwachs von 692.000.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit)